

Freie Demokraten

Landesverband
Thüringen **FDP**

Antragsbuch

41. ordentlicher Landesparteitag der
FDP Thüringen

25. März 2023

Stadtroda

INHALTSVERZEICHNIS

NR	INHALT	SEITE
L01	Leitantrag Für einen funktionierenden Freistaat und ein handlungsfähiges Thüringen Antragssteller: Landesvorstand	3
001	Antragsinhalt: Freiheit bedeutet Schutz der körperlichen Unversehrtheit – Konsequenter Gewaltschutz für Frauen in Thüringen Antragsteller: Petra Teufel, Franziska Baum, Alexandra Drechsler, Franziska Hildebrandt und Weitere	15
002	Antragsinhalt: Anpassung Thüringer Kommunalordnung – ThürKO – Beteiligung von Beiräten an Entscheidungsfindung in den Gemeinden Antragsteller: Michael Schubert, Christian Poloczek-Becher	17
003	Antragsinhalt: Kinderbetreuungskosten vollständig als Sonderausgabe von der Steuer absetzen Antragsteller: Patrick Frisch, Michelle Richter	18
004	Antragsinhalt: Modernisierung unserer Schulen im Land und in den Kommunen mit höchster Priorität voranbringen Antragsteller: Patrick Frisch, Michelle Richter	19
005	Antragsinhalt: Demokratische Teilhabe stärken - Wählbarkeit für Kommunalwahlen anpassen Antragsteller: Patrick Frisch, Michelle Richter	20
006	Antragsinhalt: Schule braucht ein Update Antragsteller: Franziska Baum, Marco Thiele, Thomas L. Kemmerich	21

41. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 25.März 2023 in Stadtroda

ANTRAG-NR. L1

Antragsinhalt: Leitantrag

Für einen funktionierenden Freistaat und ein handlungsfähiges Thüringen

Antragsteller: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Präambel**

2 Mehr als acht Jahre Rot-Rot-Grün hat zu Stillstand in Thüringen geführt. Seit 2014 ist Thüringen
3 „weniger frei und mehr Staat“ und ein Land der verpassten Chancen. Trotz Rekordhaushalten
4 und Rekordsteuereinnahmen steht mittlerweile die Funktionalität von Grundleistungen
5 staatlichen Handelns in Frage. Rot-Rot-Grün zeichnet sich nicht nur durch Ideenlosigkeit aus,
6 sondern die vielen internen Konflikten und die zunehmende Selbstbeschäftigung werden
7 zulasten der Thüringer Bevölkerung ausgetragen.

8 Wir Freien Demokraten sehen uns nicht nur deshalb als politischen Gegenentwurf zu Rot-Rot-
9 Grün. Einzig der Einzug der FDP in den nächsten Thüringer Landtag kann eine eigene Mehrheit
10 von Rot-Rot-Grün - und damit ein lähmendes „Weiter so!“ - verhindern. Nur mit einer starken
11 FDP ist eine Modernisierungs-Regierung der Mitte für einen funktionierenden Freistaat und ein
12 handlungsfähiges Thüringen möglich. Zukunft gestaltet man aus der Mitte. Für uns ist daher –
13 aufgrund unserer politischen Überzeugungen und unseres liberalen Wertekanons - eine
14 Koalition mit der Partei DIE LINKE und jedwede Zusammenarbeit mit der AfD ausgeschlossen.

15

16 **Funktionierender FreiStaat**

17 Die Thüringer Landesverwaltung ist dysfunktional und das Zusammenspiel mit den
18 Kommunalverwaltungen ist zu oft ineffizient und zu langsam. Zudem befindet sie sich immer
19 noch im analogen Papierzeitalter und bleibt weit hinter dem digitalen Fortschritt zurück. Dies
20 liegt nicht an den engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, sondern daran, dass die
21 Regierenden der letzten Jahre - Linke, Grüne, SPD und CDU - die Augen vor den Problemen des
22 Landes verschlossen und notwendige Entscheidungen immer wieder vertagt haben.

23 **Für einen Freistaat 4.0, welcher die Trends der Zukunft setzt**

24 Der E-Government Monitor 2022 offenbart die digitale Verwaltungswüste und
25 Dysfunktionalität in Thüringen. Aus Sicht der Wirtschaft und Gesellschaft bleiben substanzielle
26 Fortschritte bei der Verwaltungsdigitalisierung aus. Thüringen und seine Kommunen liegen bei
27 der E-Government Nutzung auf den letzten Plätzen und verlieren substanziell im Vergleich zu
28 den Vorjahren.

29 Wir fordern als Digitalpolitisches Kernziel bis 2030 ein modernes Highspeed-Netz in Thüringen
30 für alle Haushalte, Unternehmen, Schulen und Krankenhäuser mit einem flächendeckenden
31 Mindeststandard von 1 Gigabyte pro Sekunde Breitbandinternet an jedem Ort als

32 Grundversorgung und ein lückenfreies Mobilfunknetz. Die Thüringer Glasfasergesellschaft soll
33 durch eigene Landesprogramme das bundesweite "Graue Flecken-Programm" abgestimmt
34 unterstützen und wirklich nur dort in den Ausbau einbezogen werden, wo ein
35 privatwirtschaftlicher Ausbau auch perspektivisch nicht rentabel ist. Eine Konkurrenz zu
36 privaten Anbietern durch eine landeseigene Gesellschaft lehnen wir ab.

37 Wir Freien Demokraten wollen bis 2030 im Rahmen von Landesprogrammen mit einem
38 jährlichen digitalen Investitionsvolumen in Höhe von mindestens 75 Millionen Euro, ergänzend
39 und zielgerichtet abgestimmt mit Bundesprogrammen, kommunale „Smart Region Initiativen“
40 unterstützen. Ziel muss es sein, für Thüringen ein Jahrzehnt des Digitalen Aufholens zu starten,
41 in dem neue Ideen und Innovationen nicht nur geplant, sondern auch verwirklicht werden. Wir
42 wollen eine Verwaltung, die durch schlanke, digitale Prozesse mehr Zeit für die Bürger und ihre
43 Anliegen hat.

44 Dazu braucht es eine beschleunigte Einrichtung von Dokumentenmanagementsystemen und
45 die vollständige Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes sowie die Einführung der digitalen
46 Verwaltungsakte in Landes- und kommunaler Ebene. Dabei befürworten wir auch die
47 wissenschaftliche Begleitung in ausgewählten Thüringer Modellkommunen durch die Friedrich-
48 Schiller-Universität.

49 Um die schleppende Digitalisierung von Behördengängen in Thüringen zu beenden, fordern wir
50 eine klare Kompetenzzuordnung innerhalb der Landesregierung, eine substanzielle
51 Unterstützungsinitiative der Kommunen und eine Beendigung des Klein-Klein-Denkens vor Ort.
52 Digitalisierung kennt keine Verwaltungsgrenzen. IT-Kompetenzen und Ressourcen für
53 Administration, Support, Sicherheit und Datenschutz sollen im Wege der interkommunalen
54 Zusammenarbeit arbeits- und ergebnisorientiert gebündelt werden, bspw. in kommunalen
55 Zweckverbänden oder kommunalen Arbeitsgemeinschaften, deren Führung durch Projektleiter
56 (Chief Information Officer) klar adressiert sind.

57 Wir streben einen Fax-Ausstieg bis Ende 2025 an. Die Kommunikation via Fax ist weder sicherer
58 noch kostengünstiger als verschlüsselte E-Mail-Kommunikation. Statt dem Pochen auf
59 Schriftform wollen wir flächendeckende Möglichkeiten, damit Bürger ihre Identität digital
60 bestätigen können, nutzen. Wir Freien Demokraten Thüringen schließen uns den Dresdner
61 Forderungen zur Verwaltungsdigitalisierung an.

62 Für eine liberale Verwaltungsreform

63 Alle Bürgerinnen und Bürger sind in ihrem Leben regelmäßig auf eine reibungslos
64 funktionierende Verwaltung angewiesen. Nur mit einer leistungsfähigen, schnellen, effizienten
65 und zugänglichen öffentlichen Verwaltung kann Thüringen sein volles Potential ausschöpfen,
66 nur mit ihr können wir den zahlreichen anstehenden Modernisierungs- und
67 Transformationsprozessen in unserer Gesellschaft gerecht werden. Die Modernisierung
68 unserer öffentlichen Verwaltung ist dabei viel mehr als ein Thema für Expertenkreise, sie geht
69 uns alle an. Sich dabei schlicht darauf verlassen zu können, dass bürokratische Prozesse
70 unkompliziert und verlässlich ablaufen, ist ein echter Mehrwert an real empfundener Freiheit.
71 Sich auf effiziente und berechenbare Verwaltungsprozesse verlassen zu können, ist wichtig für
72 jede unternehmerische und wirtschaftliche Tätigkeit.

73 Unser Ziel ist es, ganze Verfahrensschritte bei komplexen Verwaltungsverfahren entfallen zu
74 lassen. Wir werden dabei nach dem „One-in-two-out-Prinzip“ vorgehen, um die immer
75 komplexer werdende Verwaltung bürokratieärmer zu gestalten.

76 Insbesondere bei zukünftigen Gesetzesvorhaben auf Landesebene ist nicht nur der
77 Erfüllungsaufwand abstrakt darzustellen, sondern vielmehr die neu entstehenden personellen
78 Folgekosten bzw. deren Vermeidung für die sächliche Umsetzung im Verwaltungshandeln des
79 Gesetz- und Verordnungsgebungsverfahrens zu ermitteln und entsprechend auch zu
80 berücksichtigen. Der beste Abbau von Bürokratie ist der, welche gar nicht erst durch ein
81 untaugliches Verwaltungsverfahren entsteht.

82 Unser Ziel ist die Schaffung schlagkräftiger Verwaltungseinheiten und die rechtliche
83 Verankerung neuer Formen der kreisübergreifenden Zusammenarbeit zwischen Landkreisen
84 und kreisfreien Städten bei gleichzeitiger Stärkung von Zentralfunktionen im
85 Landesverwaltungsamt. Die politischen Entscheidungen im Sinne der regionalen Identität
86 belassen wir vor Ort und schaffen zugleich effizientere, digitale und großräumige zukunftsfeste
87 Verwaltungsstrukturen. Vor allem der kommunale Aufgabenbereich im übertragenen
88 Wirkungskreis muss komplett in diesem Sinne vollständig auf den Prüfstand gestellt werden.
89 Hier müssen dringend Synergien gebündelt und standardisierte Prozesse geschaffen werden.
90 Wir können uns keine unterschiedlichen Verwaltungsgeschwindigkeiten bei der Erfüllung
91 gleicher Aufgaben leisten. Hier sollte beispielsweise die Bündelung in einer zentralen
92 Ausländerbehörde nach dem Vorbild anderer Bundesländer erwogen werden.

93 Die Effizienz der Arbeitsprozesse innerhalb des Landesverwaltungsamtes wollen wir nachhaltig
94 verbessern, insbesondere im Zusammenspiel mit den Ministerien und den Kommunen. Die
95 Forderungen innerhalb der Thüringer Landesregierung zwei neue Landesämter für Migration
96 und Soziales zu gründen lehnen wir ab.

97 In den Gemeinden steht die Erfüllung der Daseinsvorsorge, die Sicherheit und die
98 Lebensqualität für die Einwohner im Mittelpunkt. Wir setzen uns dafür ein, dass Städte und
99 Dörfer, auf der Grundlage eines fairen Interessenausgleichs bei der finanziellen Ausstattung
100 zwischen Land und kommunaler Familie, möglichst selbstbestimmt die Leistungsfähigkeit der
101 Aufgabenerfüllung im eigenen Wirkungskreis und die Potentiale interkommunaler
102 Zusammenarbeit bewerten können. In kommunalen Verwaltungsstrukturen, in denen die
103 Verwaltung und die Einwohnerschaft im Sinne des öffentlichen Gemeinwesens gemeinsam
104 nicht mehr in der Lage sind ihre Aufgaben kosten-effizient und leistungsfähig vollständig zu
105 erfüllen, müssen in der Zukunft neue Wege gegangen werden. Kommunen, welche aus
106 eigenem Willen heraus den Weg Richtung einer neuen Gemeindestruktur wählen, sollen
107 zukünftig weiter eine Landesunterstützung in Form eines einmaligen Start-Zuschusses erhalten.

108 **Update für einen bürgernahen und leistungsfähigen öffentlicher Dienst**

109 Wir Freien Demokraten fordern ein Update für den Öffentlichen Dienst. Ein bürgernaher und
110 leistungsfähiger Öffentlicher Dienst ist eine wesentliche Grundlage für einen funktionierenden
111 Freistaat. Wichtige Leitlinien sind neben der rechtsstaatlichen Kultur in unseren Behörden die
112 hohe Qualität der Verwaltungsleistungen, Kundenorientierung und zügige Verwaltungsabläufe.
113 Er bietet in allen Lebenslagen bestmögliche Leistungen für jeden Einzelnen und agiert
114 wachstumsfördernd im Interesse Thüringer Standort- und Ansiedlungspolitik.

115 Auch vor dem Hintergrund des enormen Arbeitskräftemangels in allen Branchen und auf allen
116 Qualifikations-Niveaus ist Thüringen mehr denn je auf qualifizierte Einwanderung angewiesen,
117 um den Wohlstand im Freistaat dauerhaft zu erhalten und die Wettbewerbsfähigkeit als
118 Wirtschaftsstandort auszubauen. Thüringer Behörden und Verwaltungen müssen dahingehend
119 auch "internationaler" werden, um eine solide Basis für eine steigende und zielführende
120 Zuwanderung zu schaffen und einen Wettbewerbsvorsprung gegenüber anderen
121 Bundesländern zu erlangen. Wir Freien Demokraten befürworten, dass Englisch, die am
122 häufigsten verwendete Arbeitssprache, als zusätzliche Verwaltungssprache stufenweise bis
123 zum Jahr 2030 sowohl auf Landes- als auch auf kommunaler Ebene eingeführt wird.

124 Zugleich fordern wir, das Dienstrecht in das 21. Jahrhundert zu holen. Ein modernes
125 Dienstrecht muss sich an den vielfältigen Lebensplanungen der Menschen orientieren,
126 Möglichkeiten von dienstlichen Freistellungen flexible Arbeitsmethoden, durchlässigere
127 Laufbahnen, verlässliche Personalentwicklungsstrukturen inklusive Beförderungen und die
128 Belohnung von Eigeninitiative und Engagement können den Öffentlichen Dienst auch zukünftig
129 zu einem attraktiven Arbeitgeber machen.

130 Der Einstieg und Aufstieg in attraktive Laufbahn- und Besoldungsstrukturen muss vor allem für
131 IT-Fachkräfte schnellstmöglich ermöglicht werden, um die Chancen der Digitalisierung zu
132 nutzen und die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes zu gewährleisten, insbesondere im
133 Wettbewerb mit Beschäftigungsmöglichkeiten in der Privatwirtschaft.

134 Wir Freien Demokraten fordern auch, dass Verbeamtungen zukünftig ausschließlich nur noch
135 in Kernbereichen staatlich hoheitlicher Aufgaben erfolgen sollen und nicht aus einem
136 opportunistischen Wettbewerbsgedanken zu anderen Bundesländern heraus. Der Markenkern
137 der Attraktivität des Öffentlichen Dienst darf nicht per se die Verbeamtung sein, sondern das
138 Gesamtumfeld des Berufsfeldes.

139 Insbesondere die bereits entstandenen Pensionsverpflichtungen belasten die Thüringer
140 Landeshaushalte signifikant. Wir fordern den Fehler der R2G-Landesregierung und der CDU aus
141 dem Jahr 2021 zu korrigieren und den Pensionsfonds wieder einzuführen und
142 weiterzuentwickeln. Der Pensionsfonds muss aus dem Landeshaushalt bzw. der
143 Haushaltsrücklage mit mindestens 300 Millionen Euro als Start-Kapitalanlage ausgestattet
144 werden und im Sinne eines Generationenkapitals vorsorge- und renditeorientiert angelegt
145 werden, um zukünftige Pensionsbelastungen auf den Thüringer Landeshaushalt im Sinne der
146 Generationengerechtigkeit nachhaltig zu dämpfen.

147

148 **Planungssicherheit in der Frühkindlichen Bildung - Beste Startchancen für unsere** 149 **Kinder**

150 Im Kindergarten wird der Grundstein gelegt für einen erfolgreichen Bildungsweg. Hier beginnt
151 für viele Kinder die persönliche Entwicklung unter den wachsamen Augen und fördernden
152 Händen von qualifizierten Pädagoginnen und Pädagogen. In den letzten Jahren hat die Arbeit
153 in Kindergärten und in Eltern-Kind-Zentren an fachlicher Qualität gewonnen. Der Anspruch an
154 die Arbeit in den Kindergärten ist gewachsen, sowohl von Seiten der Politik, der Fachverbände
155 als auch der Eltern. Das hat aber auch eine Verschiebung der Aufgaben hin zu einem hohen
156 Dokumentationsaufwand mit sich gebracht. Bürokratischer Aufwand trifft dann auf

157 pädagogische Herausforderungen durch heterogenere Gruppen und intensivere Bedarfe in der
158 Elternarbeit. Die Thüringer Landesregierung beantwortet die Forderung nach mehr
159 Fachkräften für die Bereiche Vielfalt und Sprache aber immer noch mit Beitragsfreiheit.

160 Das ist aus unserer Sicht der falsche Weg. Wir wollen die Qualität der frühkindlichen Bildung in
161 Thüringer Kindergärten hochhalten und fördern. Dazu gehört für uns die Weiterfinanzierung
162 und langfristige Planungssicherheit der bewährten Sprachkita-Strukturen und eine Ausweitung
163 des Angebotes auf die Regionen, in denen besonders hoher Sprachförderbedarf besteht. In
164 Anbetracht der fehlenden Mittel für Projekte, die Qualitätsstandard in der frühkindlichen
165 Bildung sicherstellen, gibt es für uns daher auch keinen Raum für eine weitere
166 Beitragsbefreiung. Diskussionen dazu sind Wahlkampfgetöse und verschließen die Augen vor
167 der Realität in den Thüringer Kindergärten.

168 Wir wollen die Arbeit der Kindergärten in der Entwicklungsförderung jedes einzelnen Kindes
169 unterstützen und sie von bürokratischer Belastung befreien. Dafür wollen wir sämtliche
170 Dokumentationsaufwände bündeln und ein zentrales digitales Informationssystem mit
171 Schnittstellen zu allen relevanten Verwaltungseinheiten der Leistungsträger und
172 Statistikämtern aufsetzen. Die Abrechnung von integrativen Förderleistungen wollen wir
173 vereinfachen, indem wir überflüssige Verwaltungswege, wie die Genehmigung von bereits
174 ausgehandelten Leistungssätzen durch das Landesverwaltungsamt, streichen.

175

176 **Schule braucht ein Update**

177 In Thüringen sind wie auch in anderen Bundesländern Unterrichtsausfall und Lehrermangel an
178 der Tagesordnung. Verstärkt durch viele Langzeitkranke und die Nachwirkungen der Corona-
179 Pandemie sorgt das in den Lehrerkollegien für Druck und auf dem Stundenplan für weiße
180 Flecken. Der Thüringer Landesregierung gelingt es nicht, ausreichend Lehrpersonal zur
181 Verfügung zu stellen. Viel zu oft wandern frisch ausgebildete Lehrkräfte ab, weil sie anderswo
182 schneller und unkomplizierter eingestellt und ihnen unbefristete Verträge angeboten werden.

183 Um von den in Thüringen ausgebildeten Lehrkräfte so viele wie möglich zu halten, wollen wir
184 den Lehramtsanwärtern bereits während des Referendariats den Einsatz in einer Thüringer
185 Schule garantieren. In den Mangelfächern wollen wir ein Stipendium für Lehramtsstudierende
186 ausrufen, die sich für 5 Jahre im Thüringer Schuldienst verpflichten.

187 Neben den klassisch ausgebildeten Lehrkräften brauchen wir kurzfristig auch Seiteneinsteiger,
188 um Unterrichtsausfall abzufangen. Dafür wollen wir mit einer Reform des
189 Vorbereitungsdienstes sowie mit vereinfachten und an die Bedürfnisse der Schule angepassten
190 Anerkennungsverfahren eine reibungslose Eingliederung in den Schuldienst ermöglichen, um
191 qualifizierte Seiteneinsteiger halten zu können und nicht als Kollegen „zweiter Klasse“ zu
192 betrachten.

193 Außerdem ist der Lehrermangel auch Symptom für ein nicht mehr zeitgemäßes System. Um die
194 Schule und den Lehrerberuf langfristig attraktiv zu machen, braucht das System "Schule" ein
195 grundlegendes Update. Für uns Freie Demokraten heißt das, den Schulen die
196 Entscheidungshoheit über Profile, Personal und Budget zu geben und sie über ein echtes
197 Unterstützungssystem bei der Entwicklung, Qualitätssicherung und Lehrkraftfortbildung zu
198 unterstützen. Dazu gehört ein zeitgemäßes Fortbildungsangebot, das über eine digitale

199 Plattform länderübergreifenden Austausch und moderne Wissensvermittlung ermöglicht.
200 Entscheidungen zur Schulentwicklung sollten dort getroffen werden können, wo sie sich vor
201 allem auswirken: direkt an den Schulen.

202 Auch die Verwaltung in Schulen und die Kommunikation zwischen allen Akteuren kann durch
203 digitale Prozesse vereinfacht werden. Deswegen müssen alle Schulen in Thüringen mit
204 entsprechender Ausstattung versehen werden, die eine digitale Vernetzung im Schulalltag und
205 im Unterricht ermöglicht. Die Grundlage jeder Digitalisierung bildet auch hier die
206 flächendeckende Ausstattung der Schulen mit einem angemessenen Internetanschluss. Darauf
207 aufbauend können hybride Unterrichtsformate, das asynchrone Verfügbarmachen von
208 Lerninhalten und die Nutzung KI-gestützter Lernstandsermittlungen weitere Möglichkeiten
209 sein für eine Entwicklung der Schule von morgen. Gerade unsere Berufsschulen müssen hier
210 mit Pioniergeist vorangehen dürfen und in Zusammenarbeit mit der ausbildenden Wirtschaft
211 einige schulische Angebote auch hybrid oder virtuell anbieten und so den Auszubildenden den
212 zum Teil sehr langen Fahrweg ersparen.

213 Unser Ziel muss es sein, die Schule für morgen fit zu machen. Das bedeutet für uns, dass
214 Prozesse vereinfacht und bürokratische Belastungen des Lehrpersonals und der Schulleitung
215 abgebaut werden. Stattdessen muss die eigenverantwortliche Schulentwicklung vor Ort
216 unterstützt und Raum geschaffen werden, dass Schulen das eigene Profil mit Hoheit über
217 Personal und Budget umsetzen können.

218

219 **Wirtschaft stärken. Kräfte freisetzen.**

220 Unser Freistaat ist das Land des Mittelstandes und der Sozialen Marktwirtschaft. Neben der
221 Sorge um unsere Sicherheit und die Energieversorgung stehen unsere Unternehmen
222 gemeinsam mit ihren

223 Beschäftigten vor großen Herausforderungen im Wege der Anpassung an sich ändernde
224 wirtschaftliche Rahmenbedingungen bezüglich Digitalisierung, Mobilität, demografischer
225 Wandel, Nachhaltigkeit und Internationalisierung. Auch die Verteuerung des alltäglichen
226 Lebens – sei es beim Einkaufen, Tanken oder Wohnen – setzt alle zusätzlich unter Druck. Es gilt
227 jetzt, schnell und entschlossen die Handlungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit Thüringens
228 zu stärken und in dieser Zeit vor allem auch die kleinen und mittelständischen Unternehmen
229 mit ihren Beschäftigten fest in den Blick zu nehmen. Neben dem Sozialen und der Ökologie
230 muss vor allem die Marktwirtschaft wieder stärker in den Mittelpunkt rücken..

231 Wir unterstützen alle bundespolitischen Initiativen zur Sicherung wettbewerbsfähiger
232 Energiepreise. Auch in Thüringen müssen die Gelder aus dem Thüringer Energiefonds schneller
233 und unbürokratischer im Sinne eines Energiegeldes bei den Unternehmen ankommen.
234 Forderungen auf Bundesebene, den Wirtschaftsstabilisierungsfonds – der Energie-
235 Abwehrschirm in Höhe von 200 Milliarden Euro - für andere politische Vorhaben umzuwidmen,
236 lehnen wir vollständig ab. Wir wollen auch eine ideologiefreie Förderung aller Forschungen und
237 Innovationen. Eine „Einsortierung“ nach gut oder schlecht lehnen wir ab und wollen im Sinne
238 der Technologieoffenheit Thüringen als Forschungsstandort etablieren.

239 Der Mangel an Fachkräften stellt zunehmend ein Risiko für die Thüringer Wirtschaft dar.
240 Prozesse für alternative Wege zur Fachkräftegewinnung müssen daher auch für kleine

241 Unternehmen handhabbar werden. Hierfür wollen wir die örtlichen Kammern,
242 Unternehmerverbände gemeinsam mit den Arbeitsagenturen als Ansprechpartner stärken, als
243 Coach den Prozess zum Ankommen unterstützen. Konkret können so Melde- und
244 Behördenwege erledigt, Sprachkurse und Qualifizierungsmaßnahmen angeboten werden.
245 Gleichzeitig können so Netzwerke und Erfahrungsaustausche etabliert und Bedenken auf
246 beiden Seiten – der neuen Fachkräfte bzw. Mitbürger und der Unternehmer - begegnet
247 werden.

248 Fachkräftemangel führt auch dazu, dass viele Unternehmensnachfolgen gefährdet sind und
249 Unternehmensgründungen nicht in dem notwendigen Umfang stattfinden. Jeder Verlust
250 schmerzt hier besonders, auch mit Blick auf das fehlende Engagement im lokalen sozialen
251 Umfeld. Um die Nachfolge zu sichern und Gründungen zu steigern, wollen wir eine
252 Neuausrichtung der Gründerfinanzierung für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit. Dies kann
253 durch die unbürokratische und schnelle Zurverfügungstellung von Finanzmitteln für den Auf-
254 und Ausbau des eigenen Unternehmens erreicht werden.

255 Die Unternehmen wissen um ihre Verantwortung für die Aus- und Fortbildung als Baustein der
256 Fachkräftesicherung. Wir brauchen vor allem betriebliche Fortbildung, statt betriebsfremden
257 Bildungsurlaub und zielgerichtete betriebliche Ausbildung, statt staatliche betriebsfremde
258 Ausbildungsgarantie. Attraktive wohnortnahe Berufsschulen mit moderner Ausstattung und
259 neuen Lernkonzepten gehören zwingend dazu. Hier wollen wir uns für neue Ansätze, mit
260 dezentraleren und fachübergreifenden kleineren Standorten oder räumlicher Angliederung an
261 Schulstandorte der Gymnasien oder Regelschulen einsetzen. Gerade im beruflichen Umfeld ist
262 Erfahrung ein wichtiger Faktor. Zur Absicherung des Unterrichts wollen wir mit Hilfe der
263 Kammern gezielt ältere Fachkräfte und Dozenten aus der Wirtschaft auf Honorarbasis als
264 Quereinsteiger gewinnen.

265 Weiterhin wollen wir den Fokus auf die neugegründete "German Professional School"
266 verstärken und auch diese dezentral etablieren. Hierbei können sich die Teilnehmer ein Jahr
267 auf den deutschen Ausbildungs-/Arbeitsmarkt vorbereiten und die deutsche Sprache erlernen.
268 Die Kosten teilen sich der Bund, das Land und die Auszubildenden.

269 Unternehmerisches Risiko und Übernahme von Verantwortung müssen sich wieder lohnen,
270 sowohl mit Blick auf die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit als auch auf die haushälterische
271 Kaufkraft der Beschäftigten. Darum fordern wir die generationengerechte und krisenfeste
272 Ausgestaltung unserer sozialen Sicherungssysteme. Die Sozialabgaben-Quote muss
273 schnellstmöglich wieder dauerhaft unter 40 Prozent sinken und Arbeitgeber-
274 Sozialversicherungsbeiträge dürfen nicht einseitig erhöht werden.

275 Wir fordern eine Absenkung der Steuern auf Gewerbeerträge, vor allem durch eine Reform der
276 Körperschaftssteuer und die Abschaffung des Solidaritätszuschlages für Körperschaften. In
277 einem ersten Schritt fordern wir beim Solidaritätszuschlag noch in dieser Legislatur die
278 Einführung eines Freibetrages auf den Gewerbeertrag in Höhe von mindestens 750.000 Euro
279 für Körperschaften.

280 Bei der Gewerbesteuer setzen wir uns insbesondere dafür ein, dass es durch die Festlegung der
281 nivellierten Hebesätze im Finanzausgleichsgesetz nicht zu einem Automatismus
282 flächendeckender Steuererhöhungen in den Kommunen kommt.

283 Eine generelle Reform der Erbschaftssteuer erachten wir als zwingend notwendig. Hier muss
284 zumindest schnellstmöglich über eine Thüringer Bundesrat-Initiative die Freibeträge nach oben
285 angepasst werden, damit der Fortbestand von Unternehmen nicht gefährdet wird.

286 Ebenso gehört die Absenkung der Grunderwerbsteuer auf 3,5 Prozent wieder auf die
287 Tagesordnung der politischen Diskussion im Thüringer Landtag.

288 Schließlich muss es Unternehmern wieder möglich sein, sich auf die „eigentliche Arbeit“ zu
289 fokussieren. Das Gegenteil ist der Fall: Allen Hilferufen zum Trotz, steigt der bürokratische
290 Aufwand immer weiter an. Wir wollen daher durch Entfesselungspakete ganz konkret
291 Bürokratie abrechenbar reduzieren.

292 Bisher scheitern viele Ansätze der Umsetzung schon am politischen Willen entsprechende
293 Verfahren zu ändern. Wir wollen die Vergabeverfahren deutlich vereinfachen und
294 beschleunigen, bspw. durch den Entfall von allen vergabefremden Kriterien und die Einrichtung
295 einer zentralen und digitalen Plattform, auf der Unternehmen einmalig Vergabekriterien
296 erklären und dies nicht wiederkehrend mit jeder Ausschreibungsteilnahme dokumentieren
297 müssen.

298 Das Lieferkettensorgfaltsgesetz mit all seinen Kosten wollen wir wieder abschaffen, weil Ziel,
299 Aufwand und Nutzen für die rechtssichere Umsetzung in keinem vertretbaren Aufwand stehen.
300 Unternehmen sind auch keine entgeltfreien Datendienstleister des Staates. Bei öffentlichen
301 Verwaltungsverfahren für Beschäftigte muss die Jahreslohnbescheinigung zukünftig
302 ausreichend sein und so weit wie möglich auf zusätzliche Arbeitgebererklärungen verzichtet
303 werden. Auch die Datenerhebung der Statistik-Landesämter muss zwingend auf ihre
304 Verhältnismäßigkeit und Notwendigkeit überprüft werden. Wir wollen die Einführung eines
305 steuerfreien Prämienmodell für Unternehmen prüfen, welche Statistik-Daten für den Staat
306 erheben und aufbereiten müssen.

307 Ergänzend wollen wir die Genehmigungsverfahren vor dem Bauen beschleunigen. Dazu wollen
308 wir die Chancen des seriellen und modularen Bauens nutzen sowie ein digitales und
309 teilautomatisiertes Baugenehmigungsverfahren entwickeln.

310 Die Bauordnungen aller Länder müssen harmonisiert werden, sodass dort einheitliche
311 Anforderungen an den modularen und seriellen Bau enthalten sind. Ferner muss die
312 sogenannte Genehmigungsfiktion gesetzt werden: Wenn die Bauherrin oder der Bauherr alle
313 Unterlagen vorlegt und die Behörde nicht innerhalb eines bestimmten Zeitraums auf den
314 Antrag reagiert, gilt er als genehmigt und die Bautätigkeit kann beginnen.

315

316 **Patient im Mittelpunkt, den Arzt im Blick**

317 Eine gute Gesundheitsversorgung in Thüringen ist stets eine Teamleistung aller Akteure, ob
318 ambulante oder stationäre Medizin oder Pflege. Neben dem Patienten gilt es daher auch die
319 Ärzte, Zahnärzte und Apotheker in den Blick zu nehmen.

320 Das Gesundheitswesen in Thüringen steht vor vielen Herausforderungen. Durch eine alternde
321 Bevölkerung verändert sich der Bedarf an medizinischer Versorgung in Thüringen. Parallel
322 hierzu scheiden immer mehr Leistungsträger aus den Versorgungsstrukturen aus. Zeitgleich

323 wurde in vielen Bundesländern, einschließlich Thüringen, über Jahre eine nicht ausreichende
324 Anzahl an Ärzten, Zahnärzten und Apotheker ausgebildet.

325 Fachkräfteoffensive

326 Um diesen Fachkräftemangel zu bekämpfen, müssen mehr Studienplätze geschaffen und mehr
327 Studenten in Thüringen gehalten werden. Damit sich kein Bundesland seiner Verantwortung
328 entziehen kann, fordern wir Freien Demokraten im Rahmen der Gesundheitsministerkonferenz
329 unter Beteiligung der für die Hochschulen zuständigen Ministerien der Länder einen Gipfel, um
330 ein klares Vorgehen zum Ausbau der Studienkapazitäten festzulegen. In Thüringen hat die
331 Erfahrung gezeigt, dass durch die nicht ausreichenden räumlichen und personellen
332 Gegebenheiten der Ausbau der Studienplätze sehr zeitaufwändig ist.

333 Der Fachkräftemangel stellt allerdings eine akute Herausforderung dar, daher sind kurzfristige
334 und innovative Maßnahmen notwendig, um schnellstmöglich gegenzusteuern. Bis zum
335 Angebot ausreichender Studienplätze fordern wir Freien Demokraten ein Landesprogramm
336 aufzusetzen, durch welches Kapazitäten europäischer Hochschulen genutzt werden. Im
337 Rahmen des Landesprogramms soll das Land die Kosten der Studiengebühren von Studenten
338 übernehmen, welche im europäischen Ausland Medizin, Zahnmedizin oder Pharmazie
339 studieren und sich dazu verpflichten, ihre Praxisbestandteile ihrer Aus- und Fortbildung in
340 Thüringen abzuleisten sowie für fünf Jahre ihren Beruf in Thüringen auszuüben.

341 Eine bedarfsorientierte und qualitativ hochwertige Versorgung in Thüringen

342 Nach Auffassung der Freien Demokraten muss neben der Sicherung des Zugangs zur
343 gesundheitlichen Versorgung, grade im ländlichen Raum, auch das Sicherstellen einer hohen
344 Qualität und die optimale Nutzung knapper Ressourcen im Gesundheitswesen zentral für
345 gesundheitspolitische Entscheidungen sein.

346 Die durch die Landesregierung entgegen ihren gesetzlichen Verpflichtungen unterlassene
347 Erstellung eines 8. Thüringer Krankenhausplans muss zeitnah erfolgen. Wir Freien Demokraten
348 wollen durch eine geeignete Krankenhausplanung eine qualitativ hochwertige, patienten- und
349 bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung in Thüringen mit leistungsfähigen und
350 wirtschaftlichen Krankenhäusern gewährleisten.

351 Für uns Freie Demokraten ist hierbei zentral, dass durch das Abschaffen der strikten Trennung
352 zwischen stationärem und ambulantem Sektor eine effiziente Ressourcennutzung ermöglicht
353 wird und mit den neusten wissenschaftlichen Erkenntnissen auch eine Bedarfs- und
354 Qualitätsorientierung stattfinden. Anhand von Leistungsbereiche und Leistungsgruppen soll in
355 Zukunft der Versorgungsbedarf bestimmt und bedarfsgerechtere Leistungen geplant werden
356 können. Durch die Verknüpfung von diesen Leistungsgruppen und der Investitionsfinanzierung
357 ist auch eine sachgerechtere Verteilung der Investitionsmittel zu gewährleisten.

358 Innovation in der Versorgung vorantreiben

359 Gleichzeitig müssen auch die Chancen durch medizintechnische Innovationen und durch die
360 Digitalisierung genutzt werden. Gerade in der Notfallversorgung werden bereits erprobte
361 digitale Lösungen und Hilfsmittel in Thüringen ausgebremst. Wir Freien Demokraten wollen
362 dies verändern, um die bestehenden Strukturen zu stärken und die Versorgung zu verbessern.

363 Der dauerhafte Einsatz von telenotärztlicher Unterstützungssysteme und einer Smartphone-
364 basierten Ersthelfer-Alarmierung wollen wir daher gesetzlich verankern.

365 Wir Freien Demokraten wollen Thüringen zu einer Zukunftsregion und einem Vorreiter bei der
366 Weiterentwicklung von Gesundheitsstruktur entwickeln. Gerade auch die Forschung soll eine
367 zentrale Thüringer Kompetenz werden. Dafür ist der gemeinsame Aufbau mit Sachsen und
368 Sachsen-Anhalt eines Mitteldeutschen Forschungszentrums von zentraler Bedeutung.

369

370 **Rechtsstaat besser ausstatten als das Verbrechen**

371 Ein funktionierender Rechtsstaat ist für eine liberale Demokratie unerlässlich. Die Justiz ist das
372 feste Fundament, auf dem die Rechtsstaatlichkeit fußt. Gerät sie ins Wanken verlieren
373 gesellschaftliche Vereinbarungen ihr Zutrauen durch die Bevölkerung.

374 Deswegen muss sich auch die Justiz den neuen Herausforderungen einer digitalen und
375 schnelllebigen Welt stellen. Dies wird Haushaltsmittel erfordern, die uns der Rechtsstaat wert
376 sein muss. Im Wahlkampf 2019 haben wir gesagt, die Polizei und der Rechtsstaat müssen besser
377 ausgestattet sein als das Verbrechen. Das gilt auch heute noch. Wenn sich auch das Verbrechen
378 auf digitalem Wege neue Märkte erschließt, dürfen digitale Prozesse und Anwendungen für
379 Gerichte, Staatsanwaltschaften und den Vollzugsdienst keine Unbekannten sein.

380 Die Umsetzung der eAkte geht in Thüringen langsam aber immerhin stetig voran. Alle Bereiche
381 der Justiz müssen angebunden sein und vor allem muss auf die Akte auch in den Gerichtssälen
382 zugegriffen werden können.

383 Diese sind auf die Herausforderung aktuell aber überhaupt nicht vorbereitet. Deswegen
384 fordern wir schnellstmöglich ein Update der Gerichtssäle auf den neuesten Stand der Technik
385 unter Berücksichtigung der Anforderungen, die sich durch den Einsatz der eAkte im
386 Gerichtswesen ergeben. Dafür müssen alle IT-Systeme auch auf die Anschlussfähigkeit für die
387 Arbeit der Gerichtsvollzieher und des Justizvollzug inklusive der Straffälligenhilfe betrachtet
388 werden. Das betrifft auch die Verfügbarkeit der Systeme außerhalb der üblichen „Bürozeiten“
389 und die besonderen Anforderungen hinsichtlich des Schutzes persönlicher Daten.

390 Auch im Justizbereich besteht Sorge hinsichtlich des bevorstehenden Personalmangels. Parallel
391 dazu beobachten wir Prozessveränderungen durch den Einsatz digitaler Systeme, die
392 möglicherweise ganz andere Personalbedarfe mit sich bringen. Hier fordern wir weiterhin eine
393 Aufgabenkritik aller in der Justiz anfallenden Aufgaben und die Überprüfung dahingehend, ob
394 sie noch von den richtigen Personen erfüllt werden.

395 Der Rechtsstaat besteht nicht nur aus Richtern und Staatsanwälten. Gerade an den Gerichten
396 ist die Arbeit der Richterinnen und Richter ohne das Personal in den Geschäftsstellen gar nicht
397 möglich. Trotzdem bietet der Freistaat den Mitarbeitenden im nichtrichterlichen Bereich kaum
398 Möglichkeiten zu Aufstieg und Entwicklung. Das hilft nicht bei der Personalsuche und wird den
399 wichtigen Aufgaben in diesem Bereich nicht gerecht. Wir wollen den Aufstieg im
400 nichtrichterlichen Dienst an den Gerichten ermöglichen und die Besoldungsstruktur neu
401 aufstellen.

402 Den Gerichtsvollziehern wollen wir auf dem Weg zum Fachhochschulstudium weiterhin zur
403 Seite stehen. Während die Rechtspfleger bereits über ein Hochschulstudium ausgebildet

404 werden, ist dies bei Gerichtsvollziehern - trotz stetem Aufgabeanstieg und der besonderen
405 Anforderungen - noch nicht möglich. Wichtig ist uns dabei, dass das Hochschulstudium vor
406 allem auch andere Personfelder als den mittleren Verwaltungsdienst anspricht. Für das
407 Gerichtsvollzieherwesen kann es nur von Vorteil sein, wenn berufserfahrene Menschen aus
408 anderen Bereichen in diesen einsteigen. Ähnlich wie beim Justizvollzug hilft Berufs- und
409 Lebenserfahrung beim Umgang mit den Menschen in diesem sensiblen Berufsfeld. Deswegen
410 ist das Einstiegsalter oder auch vorherige Berufserfahrung in einem anderen Bereich für das
411 Studium vorauszusetzen.

412 Auch die Justiz lebt von ehrenamtlichem Einsatz. Als Schöffe an Gerichten leisten viele
413 Menschen jeden Tag einen wichtigen Beitrag für die Rechtsprechung. Wir wollen das
414 Schöffenamts wieder stärken und den ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern durch
415 entsprechende Weiterbildungsangebote dabei helfen, ihre Aufgabe im Sinne der
416 demokratischen Grundordnung noch besser auszuführen.

417

418 **Mobilität - individuell und nachhaltig gestalten.**

419 Die individuelle Mobilität des Einzelnen ist ein hohes Gut. Sie sichert soziale Teilhabe,
420 Partizipation am Arbeitsmarkt und die persönliche Freiheit der Lebensgestaltung. Ein jederzeit
421 verfügbarer Zugriff auf bezahlbare Mobilitätsangebote ist eine der größten Errungenschaften
422 der Gesellschaft. Doch ist alles Leben dem steten Wandel unterworfen. So auch die Mobilität.

423 Der Klimawandel, die steigenden Energiepreise, veränderte Arbeitswelten durch die
424 Etablierung von digitalen Arbeitsmodellen, sowie die divergierenden Entwicklungen im
425 Vergleich Stadt und Land, machen ein Umdenken im Mobilitätssektor notwendig. Es gilt an die
426 jeweiligen Herausforderungen angepasste Lösungen zu entwickeln. Unabdingbar ist hierbei die
427 Technologieoffenheit der einzusetzenden Maßnahmen.

428 Der Ausbau eines qualitativ hochwertigen, sicheren, flächendeckenden, barrierefreien und
429 bezahlbaren öffentlichen Personennahverkehrs sowie der Ausbau von Radwegenetzen und der
430 Fußgängerinfrastruktur hat zu Recht einen hohen Stellenwert. Die Einführung des
431 Deutschlandtickets ist grundzusätzlich eine nachvollziehbare politische Entscheidung zur
432 Steigerung der Attraktivität des ÖPNV und finanziellen Entlastung der Menschen. Aufgrund von
433 Erreichbarkeit und vorhandener Infrastruktur profitieren Menschen vor allem in urbanen
434 Räumen davon.

435 Wir Freien Demokraten setzen uns aber für einen guten ÖPNV für alle ein und wollen daher
436 den ÖPNV im ländlichen Raum stärken. Dies ist nur mittels langfristiger und nachhaltiger
437 Investition in das Bus- und Bahnnetz zu erreichen. Auch wollen die Freien Demokraten neue
438 Technologien fördern, wie beispielsweise On-Demand-Systeme im Busverkehr, oder
439 autonomes Fahren, um auch in kleinen Orten eine Erreichbarkeit zu gewährleisten.

440 Im Bereich des Schienenverkehrs fordern wir weitere Verbesserungen für Netz und Betrieb. So
441 soll die Elektrifizierung der Bahnstrecke zwischen Erfurt und Göttingen und aller
442 Streckenabschnitte der Mitte-Deutschland-Verbindung bei gleichzeitigem Aufbau einer
443 durchgängigen Zweigleisigkeit Thüringen weiter als bedeutenden zentralen
444 Wirtschaftsstandort Deutschlands etablieren.

445 Wo in Zeiten der Pandemie digitale Netze die Menschen einander nähergebracht haben, darf
446 der Ausbau bestehender und neuer Straßennetze nun nicht vergessen werden. Wir als Freie
447 Demokraten stehen für eine freie Wahl der Verkehrsmittel und beteiligen uns nicht an den
448 Kampagnen gegen den privaten PKW.

449 In Zeiten hoher Energiepreise dürfen einseitige, ideologisch geprägte Entscheidungen nicht in
450 eine wirtschaftliche Sackgasse führen, die die Menschen auf dem Land einseitig belasten.
451 Deutsche Ingenieurskunst hat weltweit führende Technologien geschaffen, die hinsichtlich
452 Qualität, Ökonomie und Umweltverträglichkeit Spitzenpositionen besetzt. Über Jahrzehnte
453 geschaffenes Knowhow auf breiter Fläche war und ist Garant unseres Wohlstandes. Liberale
454 schaffen Werte, wo andere sie nur verbrauchen! Entscheidend ist nicht die Frage ob elektrisch,
455 E-Fuels, Wasserstoff, oder konventionelle Antriebe, sondern dass der Bürger die Wahl hat und
456 wir für jeden Anwendungsbereich die passende und bezahlbare Lösung vorhalten können.

457 **Begründung:**

458 erfolgt mündlich

459

460 *****

461 angenommen:

462 abgelehnt:

463 überwiesen:

464

41. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 25.März 2023 in Stadtroda

ANTRAG-NR. 001

Antragsinhalt: Freiheit bedeutet Schutz der körperlichen Unversehrtheit – Konsequenter
Gewaltschutz für Frauen in Thüringen

Antragsteller: Petra Teufel, Franziska Baum, Alexandra Drechsler, Franziska Hildebrandt
und Weitere

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Wir Freie Demokraten fordern die Landesregierung, insbesondere das Sozialministerium und
2 die Gleichstellungsbeauftragte auf, den Aktionsplan zur Umsetzung der Istanbul-Konvention in
3 Thüringen schnellstmöglich zu erarbeiten. Hierzu gehört auch die Erarbeitung eines
4 ressortübergreifenden Landesprogramms zur Prävention vor geschlechtsspezifischer Gewalt
5 und eine Verstärkung der Täterarbeit.

6 Insbesondere folgende Punkte müssen dringend umgesetzt werden

- 7 • Eine angemessene Finanzierung der Sach- und Personalkosten von Schutzeinrichtungen
8 und Interventionsstellen gegen Gewalt (Frauenhäuser) ist erforderlich um die
9 vielfältigen Aufgaben wie 24-Stunden-Rufbereitschaft, Beratung, Kinderbetreuung und
10 Buchhaltung bewältigen zu können. Hierzu ist insbesondere die Thüringer Verordnung
11 zur Förderung von Frauenhäusern und Frauenschutzwohnungen (ThürFHFöVO) zu
12 überarbeiten und die Zuständigkeiten von Land und Kommunen zu klären.
13 Gewaltschutz ist nicht optional.
- 14 • Die Einhaltung des in der Istanbul-Konvention vorgesehenen Schlüssels von 10
15 Schutzplätzen pro 100.000 Einwohner in ganz Thüringen muss gewährleistet werden.
- 16 • Es müssen Schutzeinrichtungen für alle von Gewalt bedrohten und betroffenen
17 Personen vorhanden sein, einschließlich Männer und nicht-binäre Menschen. Zudem
18 ist es wichtig, dass die Schutzeinrichtungen barrierefrei sind und den Bedarf von
19 Betroffenen mit Sucht- oder psychischen Erkrankungen berücksichtigen.
- 20 • Eine landesweite Finanzierung der anonymen Spurensicherung ist erforderlich. Eine
21 Modellregion wie Jena reicht nicht aus.

22

23 **Begründung**

24 Jede Person, die von Gewalt betroffen ist, muss sich darauf verlassen können, einen sicheren
25 Schutzplatz in Thüringen zu finden.

26 Noch immer wird jede dritte Frau mindestens einmal in ihrem Leben Opfer körperlicher
27 und/oder sexualisierter Gewalt. Es ist wichtig anzumerken, dass Freiheit immer auch den Schutz
28 der körperlichen Unversehrtheit benötigt. Die Gemeinschaft muss sicherstellen, dass alle
29 Individuen geschützt werden, insbesondere Frauen und Mädchen.

30 Allein in Thüringen wurden in den letzten sieben Jahren 49 Frauen in (Ex-)Partnerschaften
31 getötet. Im Jahr 2022 waren mehr als 2400 Frauen von Partnerschaftsgewalt betroffen. Diese
32 Zahlen sind nicht hinnehmbar und machen mehr als deutlich, wie dringend eine umfassende
33 Schutzstrategie für Betroffene von häuslicher Gewalt ist.

34 Gewalt gegen Frauen ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, gegen das gezielt vorgegangen
35 werden muss. Das zentrale Instrument dafür ist die Istanbul-Konvention, die dazu verpflichtet,
36 Gewalt-schutz für Frauen und Kinder auf allen Ebenen umzusetzen. Dieses Übereinkommen
37 des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt
38 wurde auch von Deutschland ratifiziert.

39 Auf Bundesebene hat sich die Ampel-Regierung im Koalitionsvertrag dazu bekannt, die
40 Istanbul-Konvention vorbehaltlos und wirksam umzusetzen. Anfang Februar ist ein zentraler
41 Schritt erfolgt: Die Istanbul-Konvention gilt in Deutschland jetzt uneingeschränkt und schützt
42 alle von Gewalt betroffenen Frauen und Mädchen unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrem
43 Aufenthaltsstatus.

44 Das muss sich schnellstmöglich auch in Thüringer Maßnahmen zur Umsetzung der Istanbul-
45 Konvention in Deutschland widerspiegeln. Der von den rot-rot-grünen Fraktionen initiierte
46 Beschluss des Thüringer Landtags "Istanbul-Konvention in Thüringen umsetzen: Gewalt gegen
47 Frauen und Mädchen und häusliche Gewalt verhüten und bekämpfen" (DS 7/3301) vom
48 06.05.2021 sollte dafür die Grundlage sein. Passiert ist allerdings zu wenig. Zwar wurden
49 mittlerweile eine Koordinierungsstelle und ein Begleitgremium eingesetzt. Dennoch sind
50 insbesondere die Maßnahmen zur Stärkung von Schutzeinrichtungen und die Erarbeitung eines
51 Aktionsplans ungenügend umgesetzt. Auch die Prävention geschlechtsspezifischer Gewalt
52 braucht einen größeren Fokus.

53

54 *****

55 angenommen:

56 abgelehnt:

57 überwiesen:

58

41. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 25.März 2023 in Stadtroda

ANTRAG-NR. 002

Antragsinhalt: Anpassung Thüringer Kommunalordnung – ThürKO – Beteiligung von Beiräten an
Entscheidungsfindung in den Gemeinden

Antragsteller: Michael Schubert, Christian Poloczek-Becher

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Landtagsgruppe der FDP Thüringen wird beauftragt noch in dieser Legislatur eine Änderung
2 der ThürKO dahingehend anzustreben, dass
- 3 • die Teilnahme von Vertretern der offiziellen Beiräte der Gemeinde/Stadt auch an
4 nichtöffentlichen Sitzungen von Ausschüssen möglich ist.
 - 5 • für diese Vertreter auch automatisch ein Rederecht in den jeweiligen Ausschüssen
6 besteht, dass sich nicht nur auf die Themen beschränkt, für die der entsendende Beirat
7 zuständig ist.

8

9 **Begründung**

10 Die Beiräte in den Gemeinden vertreten die Interessen und Bedürfnisse verschiedener
11 Interessengruppen gegenüber dem gewählten Stadtrat und der Verwaltung. Leider ist es laut
12 aktueller ThürKO nicht gestattet, dass die Beiräte an den nicht öffentlichen Sitzungen der
13 städtischen Ausschüsse teilnehmen dürfen, um in diesen Gremien direkt die Position der
14 jeweiligen Gruppen zu vertreten. Natürlich kann man sagen, dass das die Ausschüsse aufbläht
15 und weniger Arbeitsfähig macht. Aber es ist die Meinung der Antragsteller, dass die direkte
16 Teilnahme der Beiratsvertreter den Diskussionsverlauf und vor allem den Informationsfluss
17 vereinfacht im Ausschuss verbessert.

18 Eine detailliertere Begründung des Antrages wird mündlich erfolgen.

19 *****

20 angenommen:

21 abgelehnt:

22 überwiesen:

23

**41. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 25.März 2023 in Stadtroda**

ANTRAG-NR. 003

Antragsinhalt: Kinderbetreuungskosten vollständig als Sonderausgabe von der Steuer absetzen

Antragsteller: Patrick Frisch, Michelle Richter

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Wir Freien Demokraten Thüringen fordern eine Veränderung von §10 Abs. 1 Nr. 5
2 Einkommenssteuergesetz. Zukünftig soll es möglich sein 100 Prozent der Kosten, die für die
3 Betreuung der Kinder anfallen, als Sonderausgaben geltend zu machen und von der Steuer
4 abzusetzen. Als Betreuungskosten sollen explizit auch die Verpflegungskosten in einer Bildungs-
5 Einrichtung (bspw. das Mittagessen in einem Kindergarten oder Schule) anerkannt werden.
6 Für jedes Kind soll es weiterhin möglich sein Kosten bis zu 6.000 Euro anzusetzen. Eine
7 regelmäßige Anpassung, orientiert am Verbraucherpreisindex, soll gesetzlich gleichermaßen
8 verankert werden.
9 Unsere Abgeordneten werden aufgefordert entsprechende parlamentarische Initiativen zu
10 ergreifen.

11

12 **Begründung**

13 erfolgt mündlich

14

15 *****

16 angenommen:

17 abgelehnt:

18 überwiesen:

19

41. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 25.März 2023 in Stadtroda

ANTRAG-NR. 004

Antragsinhalt: Modernisierung unserer Schulen im Land und in den Kommunen mit höchster
Priorität voranbringen

Antragsteller: Patrick Frisch, Michelle Richter

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Wir Freien Demokraten Thüringen fordern den Investitionsstau sowohl in den Thüringer
2 Schulen als auch in den Schulsport-Einrichtungen konsequent weiter abzubauen und die
3 Modernisierung und digitale Vernetzung in den Klassenzimmern zu beschleunigen. Dieser
4 Prozess muss entbürokratisiert werden von kostenintensiven, aufwändigen
5 Wirtschaftlichkeitsrechnungen sowie sachfremden Formalien im Vergabe- und
6 Abrechnungsverfahren der einzelnen Leistungen.

7 Zugleich ist mehr Verlässlichkeit gegenüber den Schulträgern vor Ort essentiell notwendig. Wir
8 fordern, dass das im Landeshaushalt zweckgebundene Förderprogramm in Höhe von 30
9 Millionen Euro zukünftig anteilig an die staatlichen Schulträger direkt für Schulinvestitionen
10 ausgezahlt wird, um der intransparenten Fördermittelvergabe des Thüringer
11 Bildungsministerium durch mehr Entscheidungsfreiheit vor Ort zu begegnen.

12 Wir fordern ergänzend die Einrichtung eines mehrjährigen Sonder-Investitionsprogramm für
13 Thüringer Schulen in Höhe von 200 Millionen Euro und an die staatlichen Schulträger als
14 zweckgebundenes Globalbudget auszureichen. Um möglichen Inflationsgefahren aktiv zu
15 begegnen und den Schulträgern auch mehr Zeit bei der Umsetzung und der Planung zu
16 ermöglichen, soll das Sonder-Investitionsprogramm auf einen 4-jährigen Umsetzungszeitraum
17 angelegt werden. Damit verbunden ist die Erwartung an die Schulträger und Kommunen vor
18 Ort, ihr bisheriges Investitionsniveau in die Bildungseinrichtungen auch in Zukunft
19 aufrechtzuerhalten, und vielmehr im Sinne einer gemeinsamen Kinder-Bildungsoffensive auch
20 ihrerseits mit Eigenmitteln zu steigern.

21

22 Unsere Abgeordneten im Thüringer Landtag werden aufgefordert entsprechende
23 parlamentarische Initiativen zu ergreifen

24 **Begründung**

25 erfolgt mündlich

26

27 *****

28 **angenommen:**

29 **abgelehnt:**

30 **überwiesen:**

41. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 25.März 2023 in Stadtroda

ANTRAG-NR. 005

Antragsinhalt: Demokratische Teilhabe stärken - Wählbarkeit für Kommunalwahlen anpassen

Antragsteller: Patrick Frisch, Michelle Richter

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Wir Freien Demokraten Thüringen fordern eine Veränderung des Thüringer
2 Kommunalwahlgesetzes hinsichtlich der Wählbarkeit für das Amt eines Gemeinde-, Stadt- und
3 Ortsteilratsmitglieds sowie eines Kreistagsmitgliedes.

4 Das Gesetz ist insoweit anzupassen, dass für die im ersten Absatz genannten Wahlen jeder
5 Wahlberechtigte, der am Tag der Wahl das 16. Lebensjahr vollendet hat, wählbar ist, es sei
6 denn, dass er infolge Richterspruchs die Wählbarkeit oder die Fähigkeit zur Bekleidung
7 öffentlicher Ämter nicht besitzt oder sich zum Zeitpunkt der Wahl wegen einer vorsätzlichen
8 Straftat in Strafhaft oder in Sicherungsverwahrung befindet.

9 Unsere Abgeordneten im Thüringer Landtag werden aufgefordert entsprechende
10 parlamentarische Initiativen zu ergreifen.

11

12 **Begründung**

13 erfolgt mündlich

14

15 *****

16 angenommen:

17 abgelehnt:

18 überwiesen:

41. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 25.März 2023 in Stadtroda

ANTRAG-NR. 006

Antragsinhalt: Schule braucht ein Update

Antragsteller: Franziska Baum, Marco Thiele, Thomas L. Kemmerich

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 In einer globalisierten, digitalen und komplexen Welt, in der sich die Gesellschaft und ihre
2 Rahmenbedingungen immer schneller verändern, sind gut ausgebildete, mündige,
3 selbstbewusste Menschen nicht nur wichtige Ressource einer Industrie- und
4 Dienstleistungsation, sondern Treiber und Gestalter von Transformation und Zukunft.
5 Grundlage dafür ist und bleibt weltbeste Bildung. Ein Bildungssystem, das die Potentiale jedes
6 Einzelnen im Blick hat und darauf ausgerichtet ist, alle in ihrer Leistung und Begabung zu
7 fördern und zu fordern, legt den Grundstein für das Ergreifen individueller Lebenschancen und
8 die Begeisterung für lebenslanges Lernen und persönliche Weiterentwicklung.

9 Doch unser Bildungssystem steht nicht nur in Thüringen unter Druck. Durch
10 Fehlentscheidungen in der Vergangenheit leiden alle Schulen unter einem Mangel an
11 verfügbarem pädagogischem Personal. Der Verwaltungsaufwand in den Schulen ist um ein
12 Vielfaches gestiegen. Die Leistungen der Schülerinnen und Schüler gehen zurück, wie der IQB-
13 Bildungstrend jüngst bestätigte. Zu viele Schülerinnen und Schüler verlassen nach wie vor die
14 Schule ohne Abschluss. Lehrerinnen und Lehrer stehen teilweise machtlos vor Klassen, die in
15 ihrer Vielfalt kaum noch adäquat zu bewältigen sind. Für die individuelle Förderung von Kindern
16 aus besonders schwierigen Verhältnissen, ohne Deutschkenntnisse oder mit
17 Lernschwierigkeiten ist ebenso wenig Zeit wie für die Förderung von besonders begabten
18 Schülerinnen und Schülern. Die Verwaltungsstrukturen um Schule sind starr und nur selten
19 fallen Entscheidungshoheit und die tatsächliche Fähigkeit zur Problemlösung wirkungsvoll
20 zusammen. Es fehlt an Flexibilität, wirkungsvoll auf die Bedarfe vor Ort zu reagieren oder sich
21 den neuen Herausforderungen mutig zu stellen. Dies äußert sich in der ungenügenden
22 Fähigkeit auf Krisensituation wie beispielweise die COVID-19-Pandemie oder den Lehrermangel
23 zu reagieren, aber auch in der Zögerlichkeit, mit der bereits bekannte oder auch neue
24 Lösungsmodelle für Probleme an Schulen ausprobiert und in die Fläche gebracht werden.
25 Deswegen hinken wir in Deutschland und in Thüringen, nicht nur wenn es um Bildungskonzepte
26 für die digitale Welt geht, hinterher.

27 **Selbstverantwortliche Schule**

28 Unser Konzept zur Lösung der Herausforderungen im Bildungssystem ist die
29 selbstverantwortliche Schule. Das bedeutet für uns, dass sie freie Hand bei der Wahl des
30 Schulprofils, Personalhoheit und ein eigenes Budget hat. Damit Thüringen im nationalen und
31 internationalen Vergleich bestehen kann, müssen Strukturen und Konzepte auf den Prüfstand
32 gestellt werden. Für uns gelten die Prinzipien der Subsidiarität auch im Bildungssystem. In
33 Vertrauen in die schulische Eigenverantwortung müssen die Entscheidungshoheit und die für
34 eine Problemlösung notwendigen Ressourcen bei denen liegen, die von den Entscheidungen
35 betroffen sind. Das sind die Schulen. Sie müssen materiell und personell in die Lage versetzt

36 werden, auf die tagtäglichen und die langfristigen Herausforderungen reagieren zu können.
37 Unterstützungssysteme wie Schulverwaltung und Schulaufsicht müssen Schulen tatsächlich
38 stärken und sie nicht mit Verwaltungsaufgaben behindern. Wir Freien Demokraten wollen, dass
39 Schulen sich vor allem wieder auf ihr Kerngeschäft, das Unterrichten, die Wissensvermittlung
40 und den Kompetenzerwerb der Schülerinnen und Schüler konzentrieren können. Diese
41 Prinzipien leiten uns, wenn wir nach Wegen suchen, um ausreichend und gut ausgebildete
42 Lehrkräfte für die Schulen zu gewinnen, effiziente und offene Schulstrukturen zu etablieren und
43 zeitgemäßen Unterricht sicherzustellen.

44 **Weltbeste Bildung braucht weltbeste Lehrkräfte**

45 Schule und Unterricht sind nicht ohne den Einsatz von hervorragend ausgebildeten Lehrkräften
46 zu denken. Sie vermitteln Wissen, Werte und Fähigkeiten. Sie bilden Schülerinnen und Schüler
47 aus und unterstützen sie auf dem Weg in ein selbstbestimmtes Leben. Wir Freie Demokraten
48 haben Vertrauen in die fachliche Kompetenz der Pädagoginnen und Pädagogen in Thüringen.
49 Deswegen ist es für uns selbstverständlich, dass sie es sind, die Schule und Unterricht im Sinne
50 der Schülerinnen und Schüler gestalten. Dafür brauchen sie den Freiraum, in kollegialer
51 Zusammenarbeit Unterrichtsformate zu gestalten und Schule als Lern- und Arbeitsort zu
52 entwickeln.

53 Für uns spielt es keine Rolle, ob jemand bereits mit 18 Jahren die Leidenschaft für den
54 Lehrerberuf spürt oder erst nach mehreren Jahren beruflicher Erfahrung in anderen Bereichen.
55 Das System der Thüringer Lehrerbildung muss für alle fähigen Interessenten einen Weg zur
56 vollständigen Lehrbefähigung aufzeigen, unabhängig davon, wann sie in den Lehrerberuf
57 einsteigen. Dabei bleibt unser Anspruch an die pädagogische und fachliche Kompetenz an alle
58 Lehrerinnen und Lehrer gleich.

59 Immer wieder hören wir, dass sich Lehrkräfte nach dem Studium noch lange nicht auf den Alltag
60 in den Klassenzimmern vorbereitet fühlen. Deshalb muss bereits im Lehramtsstudium,
61 sichergestellt werden, dass Studierende frühzeitig mit dem praktischen Schulalltag in
62 Berührung kommen, wie es bereits an der Universität Jena umgesetzt wird. Außerdem müssen
63 die Studierenden bereits im Studium mit den Themen Digitalisierung, Heterogenität in den
64 Klassenzimmern, Mehrsprachigkeit, Elternarbeit und Schulentwicklung konfrontiert werden,
65 ohne dabei die wichtige fachliche und fachdidaktische Ausbildung zu vernachlässigen. Für uns
66 macht es einen Unterschied, ob Schülerinnen und Schüler zum Abitur als Hochschulreife
67 geführt, oder in Verbindung mit praxis- und berufsorientierten Inhalten auf eine
68 Berufsausbildung mit späteren Aufstiegsmöglichkeiten vorbereitet werden. Daher erschließt
69 sich uns die Notwendigkeit, das Lehramtsstudium nach Schulstufen neu zu organisieren, nicht.
70 Aus unserer Sicht hat sich die leistungsdifferenzierende Schulartenstruktur bewährt und sollte
71 sich auch in der Lehrerausbildung wiederfinden.

72 Für Menschen, die als Seiteneinsteiger in den Lehrerberuf starten, muss sichergestellt werden,
73 dass die für den Unterrichtsalltag notwendigen Kompetenzen auch nachträglich
74 berufsbegleitend auf adäquatem Niveau erworben werden können. Seiteneinsteiger sind keine
75 Lückenbüßer oder Notfallhelfer in der Zeit des Lehrermangels. Sie bereichern Schule, indem sie
76 neue Perspektiven in die Lehrer- und Klassenzimmer bringen. Ihre beruflichen und
77 persönlichen Erfahrungen müssen wertgeschätzt werden, ohne dabei zu verhehlen, dass auch
78 sie sich das notwendige Rüstzeug für die Ausübung des Lehrerberufs aneignen müssen. Hier

79 muss von Anfang an klar sein, welche Schritte bis zum Erreichen der Lehrbefähigung zu gehen
80 sind und wie diese berufsbegleitend absolviert werden können. Deswegen wollen wir
81 Seiteneinsteigern über ein berufsbegleitendes Duales Studium, wie es zum Beispiel die TU
82 Dresden für die Berufsschulen in Sachsen anbietet, einen Zugang zum Lehrerberuf bieten.
83 Außerdem wollen wir die bestehenden Strukturen aus der zweiten Phase der Lehrerbildung,
84 die Studienseminare, intensiver für die Vorbereitung von Seiteneinsteigern nutzen. Über einen
85 an der jeweiligen Erfahrung orientierten, abgestuften Vorbereitungsdienst sollen sie an die
86 Lehrtätigkeit herangeführt werden. Dabei sollen sich, analog zu Lehramtsanwärtern, die
87 während des Vorbereitungsdienstes zu leistenden Unterrichtsstunden an den Fähigkeiten der
88 Bewerber orientieren und erst im Laufe der Zeit stufenweise erhöht werden. So werden
89 Seiteneinsteiger Schritt für Schritt an die Anforderungen des Schuldienstes herangeführt, ohne
90 einen "Praxischock" zu erleiden.

91 In einer sich stets verändernden Welt kann an dem Ort, der auf die Zukunft vorbereitet, kein
92 Stillstand herrschen. Deswegen muss auch bei Lehrkräften lebenslanges Lernen an der
93 Tagesordnung sein. Die formal festgeschriebene Pflicht zur Fortbildung muss endlich mit Leben
94 gefüllt werden und auch jene erreichen, die nicht bereits heute regelmäßig neue Themen für
95 sich entdecken. Dafür muss der Fortbildungskatalog für Lehrerinnen und Lehrer ausreichend
96 Angebote in pädagogischen wie auch in fachlichen Feldern bereitstellen. Neben Fortbildungen
97 am Studienseminar oder am Thüringer Institut für Lehrerbildung müssen auch andere passende
98 Fortbildungsangebote unkompliziert anrechenbar sein, wenn sie im Sinne der fachlichen und
99 beruflichen Weiterentwicklung der Pädagoginnen und Pädagogen sind. Das Budget für
100 „Schulinterne Fortbildungen“ muss erhöht und vor allem an die Größe des jeweiligen
101 Kollegiums angepasst werden. Wir wollen darüber hinaus eine bundesweite Online-Akademie
102 der Lehrerbildung aufbauen, deren Lehreinheiten sich unkompliziert in den Alltag von
103 Lehrerinnen und Lehrern integrieren lassen. Denn auch wenn Fortbildung für uns
104 selbstverständlich zur Arbeitszeit gehört, hat verständlicherweise für Lehrkräfte der Unterricht
105 Vorrang. Daher sind asynchrone Online-Module oder Angebote außerhalb der Unterrichtszeit
106 in der Lehrerfortbildung von besonderem Interesse.

107 **Schule mit Digitaler Welt verbinden**

108 Für uns Freien Demokraten hat die Sicherung von hochwertigem Unterricht oberste Priorität.
109 Er ist und bleibt das Kerngeschäft der Schule. Daher müssen alle darüberhinausgehenden
110 Aufgaben, Dokumentationspflichten und Verwaltungsmaßnahmen kritisch auf den Prüfstand
111 gestellt werden. Es muss festgestellt werden, welche Aufgaben durch
112 Verwaltungsunterstützung umgesetzt werden können, welche mit digitaler Unterstützung
113 effizienter gelöst werden können, und welche Aufgaben schlichtweg überflüssig sind und
114 wegfallen können.

115 Eine einheitliche digitale Schulverwaltungssoftware mit einer entsprechenden Schnittstelle
116 zum Lernmanagementsystem, der Thüringer Schulcloud, ist dafür die Grundvoraussetzung.
117 Damit Kollaboration und digitales Arbeiten im Unterricht ankommen können, muss die aktive
118 Zusammenarbeit im Lehrerkollegium und der alltägliche Einsatz digitaler Instrumente im
119 Arbeitsalltag der Pädagoginnen und Pädagogen, einen höheren Stellenwert erhalten.

120 Während dem Schulträger die Aufgabe obliegt, die technische Infrastruktur für Vernetzung und
121 digitales Arbeiten sowie die notwendige Administration nach entsprechenden Vorgaben der

122 Schule sicherzustellen, ist für uns das Konzept zur Umsetzung digitaler Schul- und Lernkultur
123 eine pädagogische Aufgabe und muss von den Schulen gemeinsam mit Experten
124 vorangetrieben werden. Darin gilt es auch zu klären, ob, wann und welche Geräte für die
125 Verwendung im Unterricht notwendig und geeignet sind.

126 Eine pauschale Verteilung digitaler Endgeräte an alle Schülerinnen und Schüler über die
127 Schulträger ohne Berücksichtigung der jeweiligen pädagogischen Konzepte vor Ort ist nicht
128 zielführend und aus unserer Sicht Steuergeldverschwendung. Vielmehr müssen für digitale
129 Lernmittel und damit für Technik und entsprechende Lernsoftware die gleichen Regeln gelten
130 wie für alle anderen Lernmittel. Ihre Nutzung wird durch die Schule im Rahmen der
131 pädagogischen Konzepte festgelegt und sie unterliegen der Lernmittelfreiheit. Das heißt, sofern
132 sie nicht von den Eltern selbst beschafft werden, sind sie an der Schule ausleihbar und über die
133 entsprechenden Vorgaben aus den Sozialgesetzbüchern zu budgetieren.

134 Wir wollen eine Art Zulassungskatalog auflegen, in dem für Schule geeignete Geräte und
135 Programme nach bestimmten Qualitätskriterien festgelegt werden können. Dabei müssen alle
136 vorgeschlagenen Systeme und Programme plattformübergreifend arbeiten,
137 datenschutzrechtlich unbedenklich sein und entsprechend der Selbstverpflichtung des
138 Freistaates OpenSource bevorzugen.

139 Die Schulcloud wollen wir als landesweite Lernplattform weiterentwickeln und so schnell wie
140 möglich mit einem integrierten Messenger- und Mailingdienst, Konten für Eltern sowie einer
141 Schnittstelle zum digitalen Klassenbuch ausstatten. Langfristig muss es möglich sein, dass sich
142 Schülerinnen und Schüler mit ihrer Schulcloud-ID auch in anderen Systemen einloggen können
143 und für Lehrkräfte der Austausch der Lehrkräfte untereinander und das Teilen digitaler
144 Unterrichtsmaterialien über die Schulcloud selbstverständlich sind.

145 **Schule öffnen und vernetzen**

146 In unserer selbstverantwortlichen Schule ist das Kollegium ein multiprofessionelles Team mit
147 unterschiedlichen Fähigkeiten, Funktionen und Rollen. Nicht nur Lehrerinnen und Lehrer zeigen
148 durch ihre jeweiligen Lebenserfahrungen und Bildungswege den Schülerinnen und Schülern,
149 welche Vielfalt an gesellschaftlichen Aufgaben auf sie warten. Auch IT-Experten, Psychologen,
150 Schulsozialarbeiter, Hauswirtschaftler, technisches Personal oder Verwaltungskräfte bereichern
151 die Schulgemeinschaft. Gemeinsam arbeiten sie für den optimalen Lernerfolg und die
152 Potentialentfaltung der Schülerinnen und Schüler. Gerade an Schulen mit umfangreicher und
153 kostenintensiver Technik, wie an vielen berufsbildenden Schulen, muss sichergestellt sein, dass
154 diese von Fachleuten ohne Unterrichtsverpflichtung gewartet und instandgehalten werden
155 kann. Die Schulen brauchen die Möglichkeit, hier entsprechendes Personal zu beschäftigen.

156 Auf dem Weg zur vollständigen Eigenständigkeit der Schulen wollen wir ein "großes
157 Schulbudget" nach hessischem Vorbild einrichten, das die Einstellung von externem Personal
158 oder Honorarkräften vorsieht. Das große Schulbudget erlaubt es der Schulleitung auch,
159 Kooperationsverträge mit externen Partnern abzuschließen, um beispielsweise ein Wahlfach
160 „Programmieren“ in Zusammenarbeit mit lokal ansässigen Spezialisten umzusetzen. Das
161 Budget wird entsprechend eines festzulegenden sozialraumbezogenen Bedarfsindex verteilt
162 und von den Schulen eigenständig verwaltet.

163 Wir wollen die Zusammenarbeit der Schulen mit Akteuren aus der Region, wie bspw. Vereinen,
164 Unternehmen, Hochschulen oder auch der kommunalen Verwaltung fördern. Dazu geben wir
165 den Schulen maximale, innerhalb der KMK-Vorgaben mögliche Flexibilität bei der Umsetzung
166 der Stundentafel, sodass einzelne Lernfelder über gemeinsame Projekte mit entsprechenden
167 Experten erarbeitet und auch die Leistungserbringung in deren Rahmen erfolgen können. Das
168 sorgt für modernen, weltoffenen Unterricht mit Praxisbezug.

169 Um die zusätzlichen Aufgaben, die mit der Eigenständigkeit einhergehen, zu bewältigen, muss
170 die pädagogische Schulleitung durch eine Verwaltungsleitung ergänzt werden. Diese hat
171 Erfahrung in den Bereichen Personalmanagement, Budgetverwaltung, IT-Management und
172 geschäftsführende Verwaltung und sorgt dafür, dass die Rahmenbedingungen für gute
173 pädagogische Arbeit gegeben sind.

174 **Mehr Engagement muss sich auszahlen**

175 Dass Leistung sich lohnt, ist nicht nur wichtig für Schülerinnen und Schüler. Auch für Lehrkräfte
176 muss gelten, dass höherer Einsatz belohnt wird. Deswegen wollen wir ein Entgeltsystem für
177 den Lehrerberuf einführen, das Leistung belohnt und dabei die vielen verschiedenen Aufgaben
178 in Schule berücksichtigt. Bestehende Strukturen des öffentlichen Dienstes, die eine solche
179 Herangehensweise behindern, wie etwa die Verbeamtung, wollen wir hinterfragen.
180 Überstunden, insbesondere Vertretungsstunden, die über ein bestimmtes Maß hinausgehen,
181 sollen künftig bezahlt werden, wie es bereits heute in Sachsen der Fall ist. Lehrkräfte, die sich
182 weiterbilden und zusätzliche Lehrbefähigungen für weitere Fächer erwerben, gewinnen sowohl
183 für die jeweilige Schule als auch für den Freistaat selbst an Wert. Ähnlich wie in Dänemark
184 wollen wir diesen Mehrwert für die jeweiligen Lehrkräfte spürbar machen und sie
185 entsprechend höher bezahlen.

186 Das System der Abminderungsstunden zur Kompensation von zusätzlichen als unterrichtsfremd
187 geltenden Aufgaben wollen wir überarbeiten. Dabei orientieren wir uns an dem System in der
188 Hansestadt Hamburg, wo sich die Lehrerarbeitszeit insgesamt aus Unterrichtszeiten, Korrektur-
189 und Vorbereitungszeiten sowie Zeiten für allgemeine Aufgaben zusammensetzt. Mit einer
190 einheitlichen Berechnungsmethode, die nicht nur Aufgaben der Klassenleitung und
191 Schulentwicklung, sondern auch die Korrekturzeiten für besonders korrekturintensive Fächer
192 berücksichtigt, ergeben sich so ganz unterschiedliche Unterrichtswochenstunden pro
193 Lehrkraft. So wird nicht ein an jeder Schule begrenzt verfügbarer Topf an
194 Abminderungsstunden im Kollegium verteilt, sondern alle anfallenden Aufgaben werden
195 angemessen in der Arbeitszeit jedes einzelnen Lehrers und jeder Lehrerin berücksichtigt.

196 **Zeitgemäße Prüfungskultur etablieren**

197 Für uns sind Freude an guter Leistung und das Erreichen der einzelnen Niveaustufen Motivation
198 und Kern des Lernerlebens. Um voranzukommen müssen Schülerinnen und Schüler die
199 Möglichkeit haben, sich entsprechend des eigenen Lernstands Schritt für Schritt weiter zu
200 entwickeln. Dabei darf die Förderung Leistungsschwächerer auf der einen Seite die Förderung
201 besonders Leistungsfähiger auf der anderen nicht einschränken. Wir wollen in Thüringen einen
202 Prozess zur Entwicklung einer zeitgemäßen Lern- und Prüfungskultur anschieben. Dabei geht
203 es nicht nur darum, die Rolle digitaler Hilfsmittel im Rahmen von Leistungserbringungen neu
204 zu definieren, sondern vor allem auch die zu prüfenden Kernkompetenzen zu definieren und

205 festzustellen, wie diese überhaupt bewiesen werden können. Heute können digitale KI-
206 gestützte Instrumente dabei helfen, den eigenen Lernpfad festzulegen und Modul für Modul
207 das Lernziel zu erreichen. Prüfungen und ihre Rolle im Lernprozess müssen also neu gedacht
208 werden.

209 Dabei steht für uns außer Frage, dass das Erreichen von Abschlüssen mit einer Prüfung zu
210 verbinden ist. Aus diesem Grund sprechen wir uns weiterhin dafür aus, die Besondere
211 Leistungsfeststellung (BLF) am Gymnasium beizubehalten und ihr Bestehen mit dem
212 Realschulabschluss zu quittieren. Allerdings wollen wir den Vorbereitungs-, Prüfungs- und
213 Korrekturaufwand insofern reduzieren, als dass die einzelnen Bestandteile als stärker
214 gewichtete Klassenarbeiten in das zweite Schulhalbjahr der 10. Klasse integriert werden und
215 auch mündliche Leistungsnachweise beispielsweise in den Fremdsprachen erbracht werden
216 können.

217 Mittelfristig wollen wir weiterhin darauf hinarbeiten, dass alle Schulabschlüsse bundesweit
218 einheitlich geregelt werden. Hier sehen wir nach wie vor Handlungsbedarf bei der
219 Kultusministerkonferenz. Statt der angekündigten Veränderungen bei der Anzahl der zu
220 belegenden Abitursekurse erwarten wir eine Diskussion über die Niveaustufen, die mit dem
221 jeweiligen Abschluss erreicht werden sollen, und wie diese über zeitgemäße Prüfungsformate
222 bundesweit einheitlich absolviert werden können.

223

224 **Begründung**

225 erfolgt mündlich

226

227 *****

228 **angenommen:**

229 **abgelehnt:**

230 **überwiesen:**